

# Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands  
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Erscheinung wöchentlich.  
Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 R. Mark.  
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Nichtenberg.  
Redaktion und Expedition: Berlin NW. 40, Reichstagsufer 3.  
Druck: Vorwärts-Buchdruckerei-Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.

Insertionspreis  
Geschäftsanzeigen: die sechsgespaltene Nonpareilzeile 60 Goldpfennig.  
Gratulationen d. Zeile 50 Goldpf., für Todesanzeigen d. Zeile 40 Goldpf.

## Rückblick und Ausblick zur Jahreswende.

Der unermessliche Strom der Zeit entführt wieder ein Jahr ins Meer der Vergangenheit. Wie sich auch die Verhältnisse gestalten mögen: auch in der Zukunft wird Kampf das Losungswort bilden. Ist er auch nicht immer der Vater aller Dinge, so ist er doch ein unbedingtes Erfordernis im Leben und Streben der Menschheit nach oben, um Licht und Luft der großen Masse der Bevölkerung.

Das Jahr 1925 war ein Kampfsjahr wie kein anderes. Wenn in einigen Monaten die Hauptkassierer der Verbände ihre Abrechnung des verfloffenen Jahres abschließen, dann wird man feststellen können, daß die Hauptposten der Ausgaben in den Rubriken Lohnbewegungen und Kämpfe liegen. 1925 wurden gewerkschaftliche Großkämpfe ausgefochten wie selten in einem Jahr zuvor. Das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit war in diesem ganzen Jahr von Anfang bis zu Ende gespannt. Wenn im Jahre 1924 die Arbeiterschaft infolge der durch die Inflation herbeigeführte Schwäche der Gewerkschaften manche Niederlage stillschweigend aber zähneknirschend einstecken mußte, so hat sich das im Jahre 1925 wesentlich geändert. Die Lohnhöhe von heute verglichen mit der am Anfang 1925 bewies, daß die Kraft der Gewerkschaften im Jahre 1925 ungeschwächt zum Wohle der Arbeiter verhandelt werden konnte.

Aber auch sonst war das verfloffene Jahr reich an Zwischenfällen im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit. Neben anderem wurde zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften ein Denkschriftenkrieg ausgefochten. In der bekannten Denkschrift an die Reichsregierung vom 12. Mai wandten sich die Unternehmer in erster Linie gegen die Schlichtungsinstanzen und gegen sogenannte Lohn-treibereien. In welcher Art die Unternehmer ihre Denkschrift abzufassen beabsichtigten, dafür nur einen kleinen Beweis:

„Wir stellen die Forderung an die Reichsbank, gemeinsam mit uns darauf hinzuwirken, daß auch Maßnahmen vermieden werden, die zu Kreditrestriktionen und Einschränkung des Zahlungsmittelumschlages führen müssen. Zu diesen Maßnahmen gehören in erster Linie die fortgesetzten Lohn-treibereien.“

Anschließend hieran wurde die Mär verbreitet, daß Lohnerhöhungen zur Inflation führen. Die Presse der Unternehmer hat mit innigem Behagen den Spießhörn diese falsche Behauptung beizubringen versucht. Der Bundesaus-schuss des ADGB wies diese falsche Behauptung in einer Sitzung vom 12. Juni scharf zurück. In der betreffenden Entschiedenheit hieß es u. a.:

„Deutschland krankt nicht an einer für seine Wirtschaft gefährlichen Entwicklung der Löhne und Arbeitszeit der Arbeit-nehmer, sondern an dem Streben der Unternehmer, sich selbst möglichst jedem persönlichen Opfer zu entziehen und einseitig den Arbeitnehmern die Last des Wiederaufbaues der deutschen Wirt-schaft aufzuerlegen.“

An die Altentnotiz wollen wir nur kurz erinnern. Die Geschwähigkeit des Herrn Dr. Meißinger hatte das Gute, daß die Politik des Reichsarbeitsministeriums einmal ins Licht gerückt wurde. Das RAM bildete im letzten Jahre oft die Zielscheibe der Unternehmer im Kampfe gegen jeden Fortschritt. Namentlich das Schlichtungswesen, wie es vom RAM ausgeübt wird, war und ist den Unternehmern ein Dorn im Auge. Dem RAM wurde auch deshalb von Unter-nehmerseite so gegroßt, weil es unter dem Druck der Ge-werkschaften den Achtstundentag der Hochofen- und Kokerei-arbeiter eingeführt hatte.

In der ersten Hälfte des verfloffenen Jahres war den Unternehmern der Kamm nicht zuletzt deshalb so ge-schwollen, weil sie glaubten die Wahlsiege der Reaktion würden Wunder bewirken. Im Dezember hatte der reaktio-näre Flügel des Reichstages ziemlich Erfolge zu verzeich-nen. Was Wunder, daß die Unternehmer ungeduldig wurden, als die Wirkungen der politischen Siege aus-schrieben. Sie hatten ihr Geld bei den Wahlen umsonst ge-opfert, das tat ihnen weh.

Aber in anderer Beziehung wirkte sich die Neuorien-tierung im politischen Leben aus. Hierbei denken wir vor allem an die Zoll- und Handelspolitik. Die Vorkriegszölle wurden mit einigen Änderungen wieder in Kraft gesetzt. Es stand als Folge hiervon eine gewaltige Preiswelle in Aussicht, was den damaligen Reichskanzler Luther veran-lasste, schon am 8. August für den 1. Oktober einen Preis-abbau in Aussicht zu stellen. In dieser Preisentzugsaktion befinden wir uns noch heute. Ein Erfolg derselben war nur darin zu erblicken, daß die Preise ausföhrlich der Einführung der Zölle nicht ins Ungemessene stiegen. Dies lag aber schon Endes nur daran, weil eine reichliche Weltgetreide-

ernte den Preis für das Brotgetreide zu senken vermochte. Es gelang der Regierung nicht, die Preise der industriellen Erzeugnisse ins Wanken zu bringen. Eine überspannte Rat-tellierung und andere Maßnahmen verhinderten dies. Man kann auf den Fortgang der Preisentzugsaktion auch noch über den Jahreswechsel hinaus gespannt sein.

Eine politische Begebenheit allerersten Ranges wickelte sich noch gegen Schluß des Jahres ab. Das war der Ab-schluß der Verträge von Locarno und deren Unterzeichnung in London. Es war eine bürgerliche Regierung, das darf nie vergessen werden, die Verträge von derartiger Tragweite mit den ehemaligen Kriegsgegnern Deutschlands abschloß. Der Frieden der Welt wurde mit dem Abschluß dieser Ver-träge nicht unwesentlich gefördert. Die Regierung Luther stolperte über diese Verträge, dennoch sollen sie auch an dieser Stelle als ein gewaltiger Fortschritt für den Welt-frieden registriert werden.

Rein wirtschaftlich gesehen war das Jahr 1925 ein Jahr der Krise und der Umwälzungen. Hätte man am Anfang zu ahnen vermocht, daß im Zeitraum weniger Monate der Stimmestonzern der Geschichte angehört, daß dieses alte In-dustriehaus in der zukünftigen Entwicklung als Faktor völ-lständig ausgelöscht sein wird? Doch nicht allein dieser Kon-

zern, sondern auch andere seiner Art wurden von der Höhe einstiger Macht in ein Nichts hinabgeschleudert. Dafür setzte in der Industrie eine andere Zusammenballung ein, die nach der horizontalen Richtung ging, aber mehr Erfolg verspricht als jene Gebilde, die im Nebelschwaben der Inflation aus dem Boden wuchsen. Rationalisierung, Arbeitsteilung auf größter Stufenleiter usw. wären die Mittel, die man zur Befundung der Wirtschaft 1925 energisch in Angriff nahm. Dazu sollte auch der horizontale Zusammenschluß dienen.

Wohin man auch blickte: ein bunt bewegtes Leben im verfloffenen Jahre. In all den brodelnden und zudenden Bewegungen war eins klar ersichtlich: ohne eine starke Gewerkschaftsbewegung würde die Arbeit-terklasse in diesem revolutionären Zeit-alter um Jahre zurückgeworfen sein. Die Ge-werkschaften haben sich dank einer regen Initiative und einer klugen Taktik prächtig geschlagen. Es ist kein Zeichen dafür vorhanden, daß sich die Verhältnisse im neuen Jahre ändern werden. Deshalb erwächst auch im neuen Jahre allen Kopf- und Handarbeitern die Pflicht, mit allen Mitteln an der Stärkung der Ge-werkschaftsbewegung tätig zu sein. Diese mächtige und anspruchsvolle Bewegung hat sich als der widerstandsfähige Hort der Armen und Bedrängten er-wiesen. So wird es auch wohl im neuen Jahre bleiben. Der Weg, den wir zu gehen haben, ist also vorgezeichnet.

## Soziale Momentbilder aus 1925.

Das Jahr 1925 war auch wieder ein rechter Wider-glanz der sozialen Gegensätzlichkeiten, des ungeheuren Zwiespalts in der kapitalistischen Gesellschaft zwischen arm und reich. Das arbeitende Volk Deutsch-lands kann von sich sagen, in den letzten zwölf Jahren mehr gelitten zu haben als je zuvor. Zuerst der Krieg, dieses bleierne Ungeheuer, dann folgten die Jahre der sozialen Unrast, wo das Reich des Friedens in Deutschland errichtet werden sollte und dennoch vieles beim Alten blieb. Einher damit glich der Würgengel In-flation, der das soziale Elend, im Nullenglanz verhüllt, verschlimmerte. Darauf folgten zwei Jahre der Stabilisie-rung, wo eine Krise die andere ablöste und das Volk der Arbeit den Leidtragenden bildete.

Deutschland ist politisch ein freies Land, aber wirtschaftlich noch immer ein solches der großen Klassengegensätze. Das freie Wahlrecht und alle politische Errungenschaften haben die wirtschaftlichen Gegensätze unberührt gelassen. Und doch sind sie es gerade, die den Menschen bis zur tiefsten Stelle seiner Seele erfassen. Nur die Gewerkschaften, jene nüchternen und doch so tief ins tägliche Leben greifenden Organisationen der Arbeit, vermochten hier ausgleichend zu wirken, vermochten die Uebermacht der Besitzer der Produktionsmittel in etwas zu brechen.

Doch so sehr auch die Gewerkschaften ausgleichend zu wirken verstanden, sie vermochten die Wirkung der ver-herrenden Krisen nicht vollständig zu bannen. Diese sind ein Naturgesetz der kapitalistischen Wirtschaft, die sich aus dem Ueberfluß der Produktion und der gehinderten Kon-sumption ergeben. Die Warenproduktion von heute, die mit Hilfe einer vervielfältigten Technik betrieben wird, ist so ergiebig, daß sie alle Menschen mehr als satt, alle Menschen mehr als zufrieden machen könnte. Doch der großen Mehrzahl der Bevölkerung ist die Möglichkeit ge-nommen, ihren Wünschen und Bedürfnissen gemäß Waren zu kaufen, ja es ist ihnen sogar unmöglich gemacht, auch nur das Nötigste sich anschaffen zu können. Hungernde und Frierende drängen sich vor überfüllten Warenlagern. — Dieses Bild hat man gerade in diesem Jahre zu Weihnachten des öfteren beobachten können.

Nicht allein gibt es der Warenmengen zu viele, sondern auch, wenn man das Gesamtbild der kapitalistischen Wirt-schaft als gegeben hinnimmt, der Menschen. Denn sie sind beschäftigungslos, sie finden keine Arbeit, weil die Arbeit insgesamt zu ergiebig war. Welch ein Widerspruch! Das dies-jährige Jahresende sieht mehr als 1200000 Ar-beitslose in Deutschland, vor den Arbeitsnachweisen stauen sich die Menschen, genau so wie vor den gefüllten Kaufhäusern. Die Zahl der Kurzarbeiter, also Leute mit nur der Hälfte oder eines Teiles des tarifmäßigen Lohnes, wird heuer mehr als zwei Millionen betragen. In

den Großstädten ist dieses Elend in allen Variatio-nen fühlbar. Selbstmorde häufen sich, der Fleischgenuß geht von Woche zu Woche rapide zurück.

Doch haben wir nicht in den Parlamenten als Gegenstück zu alledem eine Art Fürstendebatte gehabt. Haben wir nicht erleben müssen, daß diese Sorte Arbeitslose Millio-nen verlangen? Hörten wir nicht, daß diese abgedankten Herrschaften auf ihr angebliches Vermögen, auf volle Auf-wertung pocht? Ja, wir hörten das alles! Wir waren Zeuge, daß deutsche Gerichte einem englischen Prinzen, den der Zufall auf einen deutschen Fürstenthron geschleudert hat, den ehemaligen Herzog von Gotha, 80000 Morgen deutsches Land, 1000 Wiesen, zahlreiche Hotels und Gasthöfe, Kunst-institute und sonstige Grundstücke und Liegenschaften als sein Eigentum erklärten. Die Witwe des Herzogs von Sachsen-Weimar erhält eine Pension von 100000 Goldmark, außer-dem erhielt diese Dame 75 Rittergüter zugesprochen und eine Parabfindung für die Schloßherren. Die Dame klagt auf wesent-liche Erhöhung der Rente. Eine Rente von jährlich 480000 Goldmark erhält der Schwager Wilhelms II., der Herzog von Meiningen war. Dem Zwergerfürsten von Schwarz-burg-Sondershausen sind von einem Erfurter Gericht die gesamten großen Besitztümer: 21 große Domänen, 20000 Hektar Wald, mehrere Schlösser mit den gesamten Werten und anderes wieder zugesprochen worden. Die Witwe des Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt klagt um die Rückgabe von 12 Domänen und 17000 Hektar Wald. Der Landesvater von Sachsen-Mtenburg klagt um sechs an-sehnliche Domänen, 12000 Hektar Wald und Kohlenerech-tigkeits in Schlesien. Die Hohenzollernndynastie soll nach dem Vergleichsvorschlag der preußischen Regierung nicht weniger als eine Anzahl Schlösser, Rittergüter, 300000 Morgen Land und 30 Millionen in bar erhalten. Der Ertrag dieser Güter und Ländereien wird auf jährlich 5,7 Millionen Gold-mark geschätzt, ein Betrag, der heute an 34000 erwerbs-unfähige Invaliden gezahlt wird, wie Genasse Scheidemann jüngst im Reichstage feststellte! Und so fort mit Grazie.

So geht es hüben und so drüben. All das Elend, das heute in so vielfachen Arten vor unseren Augen steht und das geradezu insektlich sein würde, wenn es keine Ge-werkschaften gäbe, ist letzten Endes eine Folge der Un-fähigkeit der herrschenden Klassen, die Dinge zu meistern. Aber die deutschen Fürsten sind zu einem er-heblichen Teil mitschuldig an dem Krieg und seinen Folgen, die wir vor uns haben. Dafür erhalten oder verlangen sie Herausgabe alles dessen, was sie sich im Laufe ihrer Herrscherzeit angeeignet haben, volle Aufwertung, während all die Millionen, die ihre Vermögen und ihre Spargroschen durch die Inflation verloren haben, teils gar nichts ersetzt erhalten, teils mit geringen Bruchteilen ihres früheren Guthabens abgefunden werden. Die Länder



können gar nicht soviel aufbringen, ohne bankrott zu werden, was ihre früheren Herrscher verlangen oder ihnen von Gerichten schon zugesprochen wurde, aber die Werteschaffenden dieser Länder leiden unter Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit und Elend. Die Erwerbslosen, den auf die Wohlfahrt angewiesenen Armen und Arbeitsunfähigen erhalten ungenügende Unterstützung, die Invaliden, die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen unzulängliche Rente, aber die Fürsten, die während des Krieges sich weit vom Schutze befanden, nehmen das Recht für sich in Anspruch, ohne Rücksicht auf all das Elend, das sie mit erzeugten, in Lebenslust, in Gaus und Braus zu leben wie ehemals.

Hüten und drüben!  
Brägen wir uns diese sozialen Momentbilder ein, um sie nie zu vergessen. Das erleichtert die Erkenntnis, daß sich das arbeitende Volk sein Erdenleben selbst zufriedenstellend gestalten muß, daß es Zustände schaffen muß, die ein Hüben und Drüben, wie wir es teilweise vorstehend skizziert und in Erinnerung gebracht haben, nicht mehr möglich sein und nicht mehr möglich werden läßt; damit zugleich die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Einigkeit der Arbeiterbewegung, der Einigkeit in der gewerkschaftlichen Organisation!

### Der deutsche Weinbau.

Nach einer wird sich mit Erstaunen gefragt haben, weshalb so viele Anhöhen auch im nördlichen und östlichen Deutschland den Namen „Weinberg“ tragen. Gibt es doch allein in 100 Quadratmeilen Umkreis von Berlin über 100 berartige Hügel, die so bezeichnet werden. Die Erfahrung ist einfach genug. Tatsächlich hatte fast jedes Kloster, jedes Städtchen im Mittelalter seine Weinberge. In päpstlichen Breven aus dem 13. Jahrhundert wird dänischen Königen der Besitz von Weinbergen bestätigt, und die Weinberge des Deutschen Ordens bei Thorn ergaben gar einen Erlös wie „achtel Des, davon einem die Schnauze anlechte“ (1363). Das 15. Jahrhundert kann als die Zeit der größten Ausdehnung des Weinbaues in Deutschland bezeichnet werden.

Zu dem schnellen Rückgang dieses Zweiges der Landwirtschaft tragen verschiedene Ursachen bei. Erstens die gewaltige Ausdehnung des Handels, besonders der Hanfa, die den nördlichen Weinländern besseres und billigeres auswärtiges Gewächs lieferte. Zweitens die Entwicklung der Bierbrauerei und der Branntweinbrennerei, die zu einer völligen Umkehr der Preisverhältnisse führte. Nach 1540 kostete im süddeutschen Weinbaugebiet von Krossen das Quart Wein nur 12 Pf., das Quart Krossener Bier dagegen 16 Pf. Es ist bemerkenswert, daß in den südlichen Weinländern dieses frühere Preisverhältnis sich erhalten hat. Drittens aber sind Veränderungen in der Nutzung von Boden und Arbeitskraft eingetreten. Die menschliche Arbeit ist nicht mehr so billig wie ehemals, es lohnte sich daher nicht mehr, sie im Weinbau festzulegen, der sehr viel Arbeitskraft verlangt. Zudem versprach der Weinbau im harten Klima des Nordens nur unzuverlässigen Ertrag, während der Ackerbau weit besser rentierte.

So zog sich der Weinbau immer mehr in das günstigere Klima des Südens und des Westens zurück, ein Vorgang, der ähnlich in Frankreich sich auswirkte. Den Todesstoß erhielt der nördliche Weinbau aber erst durch die Bildung des deutschen Zollvereins, der ein einheitliches Wirtschaftsgebiet schuf. Nachdem hatten die einzelnen deutschen Länder durch Zölle, Abgaben und Einfuhrverbote ihre Weinbauern gegen die Konkurrenz, insbesondere der rheinischen Winger, geschützt. Daher forderten diese stürmisch den Abbau der Zollschranken und waren bereit, sich für einen großen Preis zu stellen. Sie wollten sich den revolutionären und nationalistischen Bewegung an und erklärten gar auf dem Hambacher Fest (1832) mit einer schwarzen Fahne unter

Abfindung des bekannten Wingerliedes, dessen Mittelstrophen lauten:

Wir wohnen in dem schönsten Land auf Erden  
Von Gottes Segen voll;  
Doch müssen wir noch all zu Bettler werden  
Durch den verdamnten Zoll —  
Der Zoll und Mauthertrag ist Höllebrut,  
Ihr Fürsten hört es all —  
Sie machen Arme nur und schlechte Leute;  
Wo ist dies nicht der Fall? —  
Ja, wüßten wir, wer Schuld am Zoll nur wär,  
Um Zoll auf unsern Wein;  
Und wär' es auch ein Preuß', bei unsrer Ehre,  
Er müßte in den Rhein! —

Die Aufhebung der Binnenzölle gestattete den rheinischen Wingern, den Weinbau im Norden und Osten zu verlernen. Aber sie selbst mußten schwer gegen die neue Konkurrenz aus Italien, Spanien, Ungarn kämpfen. Die Zahlen aus der

### Zum neuen Jahr.

Von Viktor Kalinowski.

Träge schlüßen trübe Tage  
Des vergangen Jahres hin.  
Not und Kummer, Leid und Plage  
Gab es uns als Reingewinn.  
Sorge hocht am kalten Herde,  
Mangel gähnt aus Schrank und Topf.  
Ball Bedrängnis und Beschwerte  
Reigt sich zur erstarrten Erde  
Immer liefer Herz und Kopf.

Doch mit Mut und Selbstvertrauen  
Treten wir ins neue Jahr,  
Denn am Haus der Zukunft bauen  
Wir als Kämpfer immerdar.  
Um das Unrecht zu zerretzen,  
Schart euch, Brüder, insgeheim,  
Seid des Brudersinns Propheten  
In den Dörfern in den Städten,  
Und das Jahr wird unser sein.

Altes Jahr, du Jahr der Sorgen,  
Fahre hin ins Reibelgrab,  
Mit der Hoffnung grünen Morgen  
Läßt das neue Jahr dich ab.  
Doch nur durch geeintes Wollen  
Denken wir des Jahres Lauf. —  
Hört ihr seine Donner rollen?  
Seht ihr seine Würfel rollen?  
Sturm reißt seine Pforten auf!

Vorkriegszeit zeigen das unaufhaltbare Zusammenschrumpfen der Anbauflächen im alten Reichsgebiet.

Jahr	1000 ha	Jahr	1000 ha
1906	120,2	1910	112,5
1907	118,5	1911	110,0
1908	116,7	1912	108,8
1909	114,7	1913	106,2

Die Inflationszeit brachte einen kurzen Aufschwung, der diese trübe Zeit allerdings nicht überdauerte. Die Entwicklung der Ertragsflächen im neuen Reichsgebiet spiegelt sich in folgenden Zahlen wieder:

Jahr	ha	Jahr	ha
1911	81 505	1920	72 661
1912	80 825	1921	73 841
1913	78 982	1922	74 360
1918	68 917	1923	74 677
1919	69 163	1924	74 342

Nach der letzten landwirtschaftlichen Betriebszählung (1907) betrug die Zahl der Weinbetriebe 327 858. Von den Inhabern waren Landwirte 232 105, Nicht-Landwirte 95 753. Durch den Rückgang des Weinbaues und die Abtrennung von Elsaß-Lothringen haben sich diese Zahlen sicherlich stark verleinert.

### Reichstagspräsident, Abstinente und der „Vorwärts“.

Vor kurzem ging durch mehrere deutsche Zeitungen der Bericht eines Journalisten, welcher eine Unterredung mit dem Reichstagspräsidenten Löbe über seine amerikanischen Reiseerlebnisse in bezug auf das dortige Alkoholverbot schilderte. Dieser Bericht erschien auch in der Nr. 50 unserer Zeitung vom 12. Dezember 1925. Wie uns versichert wurde, soll der Bericht das tatsächliche Ergebnis der Aussprache mit dem Reichstagspräsidenten gewesen sein. Die in diesem Bericht geschilderten Vorkommnisse, welche von Kennern amerikanischer Verhältnisse als durchaus glaubhaft bezeichnet wurden, scheinen den Abstinente doch über die Fußschnur gegangen zu sein, und schickten sie deshalb flugs einen Ausdrager zum Reichstagspräsidenten, und siehe da, das Ergebnis der Unterredung war, wie der Bericht in Nr. 12 des „Abstinente Arbeiter“ vom 15. Dezember 1925 zeigt, ein anderes.

Wenn im Bericht der ersten Unterredung mit dem Reichstagspräsidenten zum Ausdruck kam, daß er ein Gegner des Alkoholverbotes durch gesetzliche Bestimmungen sei, war es den Abstinente vergönnt, bei ihrer Unterredung mit dem Reichstagspräsidenten das Gegenteil feststellen zu können. Erkläre mir, Graf Derindur, diesen Zwiespalt der Natur.

Kenner der Verhältnisse wissen, daß der Kreis Überzeugter und organisierter Abstinente ein verhältnismäßig kleiner ist, weshalb auch Mitgliederzahlen von den Organisationen der Abstinente nie veröffentlicht werden. Ihr Einfluß scheint aber wesentlich über die Zahl ihrer Mitglieder hinauszugehen. Das zeigt schon die Stellungnahme des „Vorwärts“, welcher in seiner Abendausgabe vom 19. Dezember d. J. den wortgetreuen Bericht aus dem „Abstinente Arbeiter“ übernommen hat und ihm noch eine „Schwindelmeldung“ voransetzt, welche vor längerer Zeit schon einmal durch die Presse ging, wahrscheinlich in der Auffassung, daß an solche Sachen, wenn sie auch nicht wahr sind, öfters erinnert werden muß, während der Bericht über die erste Unterredung mit dem Reichstagspräsidenten im „Vorwärts“ nicht erschienen ist. Der „Vorwärts“ scheint im irrigen Auffassung zu sein, daß die Mehrzahl seiner Leser aus Abstinente besteht und ihnen deshalb besondere Unterstützung zuteil werden muß, während man aus Kaunmangel die auf unserm diesjährigen Verbandstag zur Alkoholfrage angenommene Resolution nicht ganz zum Ausdruck brachte.

Aber auch bei den Behörden, den Reichs- und Landtagsabgeordneten und nicht zuletzt bei den sozialdemokratischen und kommunistischen scheint der Einfluß der kleinen Gruppen der Abstinente weit über ihre Mitgliederzahl hinaus zu gehen. Das beweisen die fortgesetzten Anträge zum Alkoholverbot in den Parlamenten und die finanzielle Unterstützung, die ihnen von Reich und Ländern zuteil wird. Erzählte doch die Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus in Berlin-Dahlem 900 000 Mark pro Jahr zur weiteren Verteilung. Von dieser Summe erhalten außer der genannten Reichshauptstelle noch:

- Der Allgemeine deutsche Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus in Hamburg,
- der deutsche Guttempler-Orden in Hamburg,
- der deutsche Verein gegen den Alkoholismus in Berlin-Dahlem,
- der deutsche Bund evangelisch-kirchlicher Bäuereverbände in Herford i. W.,
- das Kreuzbündnis, Verein abstinenter Katholiken in Hindhausen (Ruhr),

### Vorläufiger Bericht über die Reise nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

III.

San Francisco, das zwar nicht die Hauptstadt von Kalifornien ist, sondern Sacramento, ist zweifellos die schönste Stadt, die ich in Amerika gesehen habe. Auf ungezählten Hügeln mit wechsellagerter Höhe erhebt sich San Francisco durch ein Groben über dem Meeresspiegel. Über 20 Stadien hohe Vulkankegel weichen mit Häusern, wie wir sie in Deutschland gewohnt sind, und mit kleinen Einfamilienhäusern ab. Die Schönheit, Ausdehnung und Größe der Stadt (500 000 Einwohner) gewinnt bei jedem ein Eindruck, wenn man sich in Erinnerung gerufen, daß San Francisco 1906, also vor nicht ganz 20 Jahren vom Feuer fast gänzlich zerstört wurde. Einen besonderen Eindruck gibt San Francisco von der Höhe aus gesehen. Es ist nur zu sehen, daß in jeder der bekannten großen und kleinen Hügel es hier Stelle gibt, die das Schicksal der Stadt erkennen läßt. In San Francisco und Los Angeles, wo ich mich Kollegen traf, beglückte, habe ich im letzten Oktoberbrief ein Wetter erfahren, wie wir es in Deutschland höchstens in den Monaten Juni und Juli kennen. In Los Angeles zeigt das Thermometer die Temperatur von 25 bis 28 Grad Celsius. Trotzdem war die Temperatur zwischen den Vulkankegeln in den Straßen angenehm.

Die Umgebung von Los Angeles gibt im letzten Oktoberbrief einen ziemlich großen Kesseltrog und Palmensucht. Los Angeles hat in den letzten Jahren eine ganze Anzahl von Hochwassern erlebt. Es hand vor nicht ganz langer Zeit in der Gegend von Los Angeles noch Wasser San Francisco zurück und dort, denn die Entdeckung, daß in der obersten Zeit sich in die Gruppe der Vulkankegel durchziehen. Los Angeles ist die Stadt der Zukunft. W. Wagner der in Amerika erzeugten Höhe haben hier von einigen tausend dabei beschleunigten Arbeiter oder Kassen hergeleitet. Unweit Los Angeles befinden sich auch die wichtigsten Ozeanlinien Amerikas. Die Ozeanlinie von Los Angeles nach San Francisco ist ein wichtiger Teil der großen Ozeanlinie zwischen den beiden Weltteilen. In großen Höhen wird das Öl durch die Straßen geleitet, um verpackt zu werden. In Los Angeles wird

der Reichtum des Landes recht augenfällig. Der Große oder Stille Ozean ist von Los Angeles aus in einer Stunde Schnellbahnfahrt zu erreichen.

Besonders sehenswert ist die Insel Catalina, welche ungefähr 30 Kilometer südwestlich von Los Angeles im Großen Ozean liegt. Die Insel bildet infolge ihrer felsigen Masse ein natürliches Fort, das der Küste vorgelagert ist. Auch Erze birgt die Insel. Die Insel bildet auf ihrer östlichen Seite eine Zufluchtsstätte für die „ganz Reichen“ Amerikas während der kalten Jahreszeit.

Auf dem Eisenbahnwege von San Francisco nach Los Angeles berührte ich auch jene Stätte, wo Anfang Juli 1925 die schöne Stadt St. Barbara durch ein Erdbeben vernichtet wurde. Nur wenige Ruinenreste deuten noch an, daß hier die Behausungen von etwa 25 000 Menschen standen.

San Diego, dem südlichsten Ort von Kalifornien und dem Eingangstor von Mexiko, vermochte ich infolge der Kürze der Zeit nicht zu erreichen, obwohl ich nur 160 Kilometer davon entfernt war. Hier schafft nach der mir gewordenen Auskunft in einer Fernreisebesonderheit den älteren deutschen Kollegen bekannte Pioneer unserer schließlichen Brauereiarbeiterbewegung, Solange Kleins, mit dem ich in meinem früheren Wirkungskreis in der Provinz Posen viel Leid teilte.

Als Herber, dem 24. Oktober, hatte ich nur Arbeitstage und erlaubte mir, einen völlig freien Tag einzuschalten, indem ich das im Staat Arizona gelegene Grand Canyon, eines der sieben Weltwunder, besuchte. Hier hat innerhalb von Jahrtausenden das Wasser sich in Form einer etwa 1600 Meter tiefen bis 20 Kilometer breiten und etwa 400 Kilometer langen Schlucht den Weg gesucht und hat je nach den Gesteinsschichten und Härten die wunderbarsten Dinge geformt. Die Schlucht selbst wird von einem Gewässer durchzogen, sie gleicht einer kaum zu schätzenden Jelliedstadt. Hier fröhlt man auch auf Jubelstimmungen, die sich durch das Anbeteln der zahlreichen Besucher dieses Weltwunders ernähren.

Die Fahrt über den Süden nach dem Mittelwesten war wenig angenehm. Temperaturen, wie ich sie am 25. Oktober auf der Fahrt durch den Staat Neu-Mexiko, einer unendlichen Sandwüste und Felsenstadt, angetroffen habe, sind in Mitteleuropa unbekannt. Nach 21stündiger Schnellzugfahrt von Los Angeles geradweg erreichte ich Kansas City, wo eine der größten

Weizenmühlen, es soll die größte Hartweizenmühle der Welt sein, besucht wurde. Auch erwiderte ich hier nach einigen Schwermüden noch eine Aussprache mit dem Leiter eines großen Spitals, wobei es mir auf eine Auskunft der Prohibitionswirkungen in gesundheitlicher Beziehung ankam. In dem von einem Brauereibesitzer zu Ehren meiner Anwesenheit arrangierten Festessen konnte ich nicht teilnehmen, weil die Zeit meiner Anwesenheit dazu nicht hinreichte. In Kansas City wäre ich mit noch einigen Kollegen fast das Opfer einer Autokarambolage geworden. Ein Lastauto fuhr drei auf der Straße stehende Personenautos an. Zwei dieser Autos wurden über den Bürgersteig gegen die Hausmauer geworfen und teilweise zertrümmert. Wir standen zwischen den Trümmern und kamen mit dem Schrecken davon. Wie mir gesagt wurde, sollen sich noch am anderen Morgen bei meiner Ankunft in St. Louis die Spuren des Schreckens gezeigt haben. In Kansas City, aber noch mehr in St. Louis, setzte wieder kälteres Wetter ein.

St. Louis besitzt die größte in einer Betriebsstätte zusammengefaßte Brauerei der Welt (Anheuser-Busch). Der Betrieb ist zurzeit zum größten Teil umgestellt. Es werden neben Nea-Bier noch Maisstärke, Maisstroh, Kandiszahloffe und ähnliche Sachen hergestellt. Auf die Einblicke meiner Besichtigung des 60 Straßenblocks umfassenden Betriebes konnte ich im Gesamtbericht noch zurück. Aber soviel soll schon hier gesagt werden, daß unsere deutschen Maschinenbauereinrichtungen von dem, was hier gezeigt wurde, weit in den Schatten gestellt werden. Das Direktorium des Betriebes hat mir Gelegenheit zu einer eingehenden Unterhaltung über die Prohibitionsgesetzgebung und deren Wirkungen.

Am 30. Oktober morgens erreichte ich Cincinnati, wo sich die Hauptverwaltung unseres amerikanischen Bräuerverbandes befindet. Die Stadt hatte sich in ein völliges Winterfeld gesteckt; sie gleicht in der Lage unserem deutschen Stuttgart. Sie ist auch wie San Francisco von keinem Punkt aus völlig zu übersehen. In der Hauptverwaltung des amerikanischen Bräuerverbandes fand ich entsprechend der mir gestellten Aufgaben viel Arbeit vor. In mehreren Konferenzen, darunter einer solchen mit dem sogenannten Quorum (bei uns Gesamtvorstand), wurden meine unterwegs gemachten Beobachtungen besprochen, manches noch geflärt und ergänzt, Auszüge aus Material gemacht und einzelnes überfetzt. Die vier Tage Anwesenheit in Cincinnati wurden ausschließlich auf diese Weise verbracht.



der deutsche Arbeiter-Abstinenz-Bund in Berlin, der deutsche Bund enthaltloser Erzieher in Bergedorf bei Hamburg, einen entsprechenden Teil, um ihre Tätigkeit, anderen ihren Willen aufzugeben zu wollen, entfallen zu können.

Für hungernde Beamte und Arbeitslose sind Mittel nicht vorhanden, über 900 000 Mark Steuergroschen für die volkserhebende, Tätigkeit der Abstinenz sind da.

Müllerei-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1924.

Aufgang der Kleinbetriebe. — Niedriger Jahresdurchschnittslohn. — Erhöhung der Unfallkassen.

Nach dem Jahresbericht von 1924 der Müllerei-Berufsgenossenschaft gab es am 31. März 1924 20 640 Betriebe. Das ist eine Abnahme von 629 Betrieben gegenüber dem Vorjahr, die infolge Aufhören der Versicherungspflicht oder infolge Betriebs Einstellung geschloßt wurden.

Der Rückgang der Betriebe erstreckt sich also fast ausschließlich auf die Gruppe Wind- und Wassermühlen, also Kleinbetriebe. Die Zunahme dahingegen nur auf Dampfmaschinen, also Mittel- und Großbetriebe.

Der Genossenschaftsvorstand machte im abgelaufenen Jahr in 287 Fällen Gebrauch von seiner Strafbefugnis. Von diesen 287 Straffällen entfielen allein 259 Geldstrafen wegen unrichtiger Angaben in dem Lohnnachweis.

Die Zahl der Unfälle hat sich im Jahre 1924 gegenüber 1923 ebenfalls vermehrt. Im Jahre 1923 wurden 2068 Unfälle gemeldet und im Jahre 1924 2795. Das sind 629 Unfälle mehr.

Der Entwurf

des Arbeitslosenversicherungsgesetzes

soll im nächsten Jahre zur Verabschiedung gelangen. Die Widerstände gegen ein solches Gesetz sind sehr groß. Sie sind hauptsächlich auf jener Seite zu finden, die sich auch sonst gegen unsere ganze sozialpolitische Gesetzgebung wenden.

Die Gewerkschaften haben stets auf dem Standpunkt gestanden, daß denjenigen, für die diese Gesetzgebung gelten soll, auch ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden muß.

In der Frage der Versicherungspflicht schloßt sich der neue Entwurf der jetzigen Fassung an. Das ist ein außerordentlicher Mangel. Ein großer Teil von Arbeitnehmern, der bei Erwerbstätigkeit genau so schwer beeinträchtigt wird wie andere, ist nicht versicherungspflichtig.

Man muß fordern, daß diese Angestellten und überhaupt alle Arbeitnehmer mit in die Arbeitslosenversicherung aufgenommen werden. Diejenigen, die besser gestellt sind, haben die Pflicht, zu derartigen Einrichtungen allgemein sozialer Natur mit beizutragen.

Bezüglich der Leistungen muß gefordert werden, daß sie so hoch sind, um den Versicherten die Existenz zu ermöglichen. Von den heute gezahlten Löhnen kann nicht behauptet werden, daß sie die einfachste Lebensführung ermöglichen.

Eine weitere Verschlechterung ist im Entwurf die Festsetzung der Karenzzeit. Die Wartezzeit beträgt jetzt drei Tage, soll aber künftig sieben Tage währen. Auch der Bonus, der über Aussperrung, Streik usw. handelt, hat große Mängel.

Die Aufwertung der Kauttionen.

Diese Frage ist in Nr. 48 1924 der „Gewerkschaftszeitung“ unter Hinweis auf die Dritte Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 bereits behandelt. Nach dieser Verordnung war die Aufwertung der Kauttionen nicht zwingend, nur im § 12 Abs. 1 ist vorgesehen, daß „Vermögensanlagen anderer Art“ als die im § 1 bezeichneten, aufgewertet werden können, jedoch nicht über 15 Proz. hinaus.

Auf diese Art sind Kautionsgelder vielfach in Anlagen gegeben worden, die nach dem neuen Aufwertungsgesetz nur begrenzt aufgewertet werden müssen, und wobei der Kautionsgeber (Arbeiter) für den Fall, daß er dieser Verwendung zugestimmt hat, seinen Anspruch entsprechend der einen oder anderen Anlage im Rahmen des Aufwertungsgesetzes geltend machen muß.

Das Aufwertungsgesetz vom 21. Juli 1925 regelt wieder nur bestimmte privatrechtliche Ansprüche, die in der Zeit vom 1. Januar 1918 bis 14. Februar 1924 durch den Währungsverfall betroffen sind. Insbesondere sind danach aufzuwerten: Ansprüche aus Hypotheken, Pfandbriefen, Rentenbriefen, Bankguthaben, Versicherungen, Industrie- und Kommunalobligationen, Guthaben, die in öffentlichen und staatlich beaufsichtigten Sparkassen angelegt sind.

Sparkassenguthaben bei öffentlichen oder staatlich beaufsichtigten Sparkassen werden in der Weise aufgewertet, daß eine Leistungsmasse gebildet wird. Der Aufwertungsfuß soll mindestens 12 1/2 vom Hundert des Goldmarkbetrages erreichen. Die obersten Landesbehörden sind ermächtigt, einen einheitlichen Aufwertungsfuß für sämtliche Sparkassen eines Landes oder einzelner Landesteile festzusetzen.

Nicht als Vermögensanlage gelten nach § 63 des Aufwertungsgesetzes Guthaben bei Fabrik- oder Werksparikassen. Ueber die Höhe der Aufwertung von Guthaben an diese entscheidet im Streitfall die Aufwertungsstelle beim zuständigen Amtsgericht. Ueber die Abgrenzung des Begriffs der Fabrik- und Werksparikassen sowie über Zeit und Art der Auszahlung der Guthaben und das Verfahren der Aufwertungsstelle erläßt die Reichsregierung noch nähere Bestimmungen.

Die Umrechnung der eingezahlten Papiermark in Goldmark erfolgt nach einer von der Reichsregierung aufgestellten Goldmarktabelle, sie rechnet vom Tage des gesetzlich anerkannten Währungsverfalls, dem 1. Januar 1918 bis 13. Februar 1924. Alle vor und nach diesen Terminen erfolgten Zahlungen sind nach dem Nennwert in Goldmark zu berechnen.

Da die Kaution in der Regel keine Vermögensanlage ist, unterliegt sie deshalb auch nicht der beschränkten Aufwertung, sondern muß nach allgemeinen rechtlichen Grund-

lagen aufgewertet werden. Entscheidungen des Gewerbegerichts in Dortmund sprachen den Klägern noch vor dem Inkrafttreten des Aufwertungsgesetzes den vollen nach Dollar umgerechneten Goldmarkbetrag zu, ebenso das Gewerbegericht in Hamburg u. a.

Syndikus Dr. Englich-Berlin vertritt in Nr. 23/24 der „Deutschen Juristenzeitung“ den Standpunkt, daß die Kaution ein wesentlicher Teil des Dienstvertrages sei. Habe der Unternehmer die empfangene Kaution in seinem Geschäft mitarbeiten lassen, so müsse nach dem Umfang der vorhandenen Substanz des Geschäfts aufgewertet werden.

Anmeldepflicht und Abmeldepflicht besteht in solchen Fällen für den Kautionsgeber nicht. Die Auseinanderlegung wird dann stets unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage des Unternehmers erfolgen müssen.

H. Schlimme.

Arbeitsrecht.

Ausschaltung von Ansprüchen aus dem Arbeitsvertrag und dem Tarifvertrag durch die Arbeitsordnung.

In vielen Arbeitsordnungen ist bestimmt, daß Beanstandungen der Lohnzahlung spätestens im Laufe des auf die Lohnzahlung folgenden Tages vorgenommen werden können, anderenfalls jeder Anspruch erlischt. Diese Bestimmung ist sinngemäß wiederzugeben, die Frist und der Wortlaut können auch anders sein.

- auf Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134 BGB.),
auf Verstoß gegen die guten Sitten (§ 133 Abs. 1 BGB.),
auf Ausbeutung der Notlage, der Unerfahrenheit oder des Leichtsinns (§ 138 Abs. 2 BGB.),
auf Treu und Glauben (§ 157 BGB.),
auf vorsätzliche Verletzung des Rechtes eines anderen (§ 823 BGB.),
oder auf ähnliche Bestimmungen (§§ 242, 526 usw. BGB.) etwa stützen können.

Die Betriebsräte können sich zur Vermeidung der nachfolgend geschilderten Nachteile ein großes Verdienst erwerben, indem sie die Belegschaft andauernd aufklären. Dabei ist zu beachten, daß die Betriebsräte selbst die Vertretung der Rechte der Belegschaftsangehörigen gegenüber dem Unternehmer zwar wahrnehmen können, aber an die Einhaltung der Bestimmungen der Arbeitsordnung ebenfalls gebunden sind.

1. Die Lohnberechnung enthält Fehler, die an sich keinen Verstoß gegen einen bestehenden Tarifvertrag darstellen. Zum Beispiel: Es wird ein falscher Lohnsatz zugrunde gelegt, der Akkordsatz ist nicht richtig, die Stundenlohnzahl ist zu niedrig, der Ueberlöhndenzuschlag ist vergessen oder ähnliche Fehler.

2. Dieser Fall ist der wichtigste. Die Unternehmer versuchen mit Hilfe der Einspruchsfrist in der Arbeitsordnung die Unabhängigkeit der tariflichen Norm auszuschießen. Beispielsweise: der Arbeiter hat auf seinen Tariflohn vorher verzichtet oder der Unternehmer verlangt diesen Verzicht nachträglich.



Ablauf der Frist ergeben, die in der Arbeits-

Die Gewerkschaften vertreten demgegenüber die An-

Unabhängig davon ist aber auf die andere Richtung

Lezten Endes können nie die gesetzlichen Rechte allein,

Beurteile

Chemnitz. Am 7. Dezember verunglückte der Hilfs-

Indem ein Mitarbeiter F. aus seiner Lage befreien

Das Gewerbeaufsichtsamt hat den Fahrstuhl für gut

Sächsishe Malzstapffabrik Wais.

Zustände, wie sie wohl selten schlimmer zu finden sind,

Gautouferey in Leipzig am 6. Dezember.

Vertreten waren 42 Ortsvereine durch 52 Delegierte,

Gauleiter Kollege Nept-Leipzig gab Bericht über die

Gewerkschaften sein können. Ueber die Arbeitszeit-

Bei der technisch immer mehr vervollkommenen Be-

In der Diskussion wurde von einigen Rednern aus

Zur Lohn- und Tarippolitik berichtet der Gauleiter,

Der Bezirkssekretär vom ADGB. streifte kurz die Ar-

Der Gauleiter hebt noch besonders hervor, daß in Leip-

Stoltege Sändig faßte in seinem Schlußwort die Aus-

Für den Bezirk Thüringen fand am 13. Dezember eine

Ueber den letzten Mühlenarbeitersstreik referierte Bezirks-

Rundschau.

Anzulängliche Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Nachdem weitergehende sozialdemokratische und komm-

Die Säge für die Hauptunterstützten werden um

Für einmalige Hilfe an Ausgesteuerte und nichtversiche-

Ermäßigung der Lohnsteuer.

Nach dem Reichstagsbeschluss vom 16. Dezember bleiben

Zudem bleiben steuerfrei für die Ehefrau und für

240 Mark für das zweite Kind, 480 Mark für das dritte Kind,

Fahrlässige Tötung durch Entzündung von Alkohol.

Der Küfer Johann Reichard, Niederkirchen, hatte sich

Prohibitionskampf bis aufs Messer.

Durch Funkpruch aus New York vom 12. Dezember

Die Fusionen im Mühlenbaukonzern.

Die Generalversammlung der Mlag, Mühlenbau- und Ju-

Sozialpolitische Fortschritte in der Schweiz.

Nach sechsjährigem, durch zahlreiche Wechselfälle und

Literarisches.

Volkshochschule. Monatschrift für die Lebensfragen der Gegen-

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung“

52. Beitragswoche vom 20. bis 26. Dezember

Eingänge der Hauptkasse

- Postkontokonto der Hauptkasse: Berlin 12 079, Brauerei- und

Berichtsgang.

In der letzten Nummer der „Verbands-Zeitung“ muß es anstatt

Nachruf.

Am 2. Dezember 1925 verstarb plötzlich durch Schlaganfall unser

Wilhelm Stein nach 27jähriger Tätigkeit in der

Ein dauerndes Andenken be-

Unsere treuen Verbandskollegen

Dem Kollegen Julius Drieh

Unsere verehrten Kollegen

Dem Kollegen Karl Deher zu

Unsere verehrten Kollegen

Unsere verehrten Kollegen

Unsern Kollegen Schülter, Bah-

Drückerverein Aischaffenburg.

Dem Kollegen Albert Gök,

Drückerverein Aischaffenburg.

Der Kollege Franz Huber

Der Kollege Carl Deher zu

Der Kollege Carl Deher zu